

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

204 (3.9.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. beginn 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/31 und 2-1/36 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123. Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleile od. deren Raum 3, zugügl. 30 % Teuerungszugl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahme flug 1/30 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruck. u. Verlags-Ges. & Co., Karlsruhe.

Sozialdemokratie u. Gemeindepolitik.

Von Staatsrat Wilhelm Engler-Freiburg i. Br.

Da voraussichtlich auf dem Parteitag die Zeit wieder knapp sein wird, habe ich mich entschlossen, mein Referat vorher schriftlich zu veröffentlichen, damit die Genossen dazu Stellung nehmen können und die Zeit für eine eingehende Debatte zur Verfügung bleibt. Im Referat sind immer nur die Worte Gemeinde oder Gemeinderat gebraucht und gilt dies aber für Stadt und Dorf. G. M. heißt Gemeinderat und G. V. Gemeindeverordneten.

Die Gemeindeverfassung.

Durch die Revolution wurde die Sozialdemokratie auch in der Gemeinde vor neue Aufgaben gestellt, wir müssen Anteil nehmen an der Überwindung der Schwierigkeiten, die sich durch den Verlauf und das Ende des Krieges vor uns aufdrängen. In der Gemeindeverwaltung kommen uns aber die Erfahrungen zu statten, die wir schon vor dem Kriege gesammelt haben, und es wäre gut, wenn wir auch in der Staatsverwaltung über einen solchen Schatz von Erfahrungen verfügen könnten. Durch die Demokratisierung und Zentralisation der Verwaltung im Staat, vor allem aber durch die Reform der Gemeinde-Ordnung, wird der Aufgabenkreis für die Gemeindeverwaltung noch wesentlich erweitert werden. Auch für Baden steht die Reform unmittelbar bevor und müssen wir uns damit beschäftigen.

Die Frage der Gemeindeverfassung wird dabei eine große Rolle spielen. Es muß dabei über eine Reihe von Streitfragen entschieden werden. Die erste Frage ist: Wollen wir unsere Verfassung, ehrenamtlicher G. M. und Bürgerausschuß, beibehalten oder zur Magistratsverfassung übergehen, oder gar zu dem Einkammersystem, wobei es nur noch einen Gemeinderat geben würde. Gewisse Vorfälle sind für die Magistratsverfassung eingetreten. Bei der Magistratsverfassung treten neben die Bürgermeister die beidseitigen Magistratsräte, die Leiter der städt. Betriebe und Verwaltungsabteilungen. Meistens ist es so, daß beidseitig unbesoldete, wie beidseitig besoldete Magistratsräte gewählt werden. Naturgemäß haben dabei die beidseitigen des Hebergewichts. Neben dem Magistrat besteht dann noch überall ein unierem Bürgerausschuß ähnliche Körperschaft, aber um das Hebergewicht der beidseitigen und beamteten Ratsmitglieder etwas auszugleichen, werden diese Körperschaften mit weitergehender Rechten ausgestattet als unsere G. M. Sie tagen auch getrennt von einander und erst wenn ein Beschluß in beiden Körperschaften mit Mehrheit beschlossene ist, tritt er in Kraft.

Die G. M. haben dort auch ein Recht der Antragstellung an den Magistrat, sie können Vorlagen abändern und einbringen, aber wenn der Magistrat nicht zustimmt, dann ist die Sache eben auch auf dem toten Punkt. Um eine weitergehende Beteiligung der G. M. an der Verwaltung zu ermöglichen, ist bei der Magistratsverfassung die Zahl der G. M. viel geringer als bei uns.

Wo durch die Revolution Änderungen an der Gemeindeverfassung vorgenommen wurden, wie z. B. in Bayern, da wurde die Magistratsverfassung aber nicht etwa beseitigt, sondern beibehalten. Unser Volk würde sich daran erst recht nicht gewöhnen, die unbesoldeten Ratsmitglieder würden in eine beratende Stellung herabgedrängt, während wir verlangen müssen, daß sie zur tätigen Mitarbeit herangezogen werden.

In den letzten Jahren gingen auch in manchen badiischen Städten die Bestrebungen dahin, den Stadträten die Referate zu nehmen, man legte sie in die Hände der Bürgermeister und Magistratsräte, diese Methode ist zwar bequem, aber sie verhindert ein richtiges Eindringen der G. M. in die Gemeindeverwaltung und führt zur Beamtenregierung.

Ich selbst habe früher dem Einkammersystem das Wort geredet, etwa in der Art, daß man die Zahl der jetzt gegebenen G. M. im allgemeinen verdoppelt. Auf Grund von Erfahrungen und dem Abwägen aller Vor- und Nachteile, komme ich aber jetzt zu einer anderen Ansicht. Es ist schon bei der Ausarbeitung von Vorlagen und auch des Vorschlags von Vorleil, wenn man im Gemeinderat sich stets bemüht ist, daß noch eine andere Körperschaft kommt und mit der Kritik ansieht. Diese Tatsache zwingt zu gründlicher Prüfung. Wir müssen unser Bestreben auch darauf richten, einen möglichst großen Personenkreis an den öffentlichen Arbeiten teilnehmen zu lassen. Weiter kommt in Betracht, daß im G. M. die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden und im Bürgerausschuß öffentlich. Wer einige Jahre im Bürgerausschuß saß, findet sich nachher im G. M. viel leichter zurecht als derjenige, der ganz frisch an die Sache kommt. Ich komme deshalb zu dem Schluß, daß unsere Gemeindeverfassung in ihren Grundzügen mindestens ebenso gut ist, wie die anderen und solange wir in Deutschland nicht zu einer einheitlichen Gemeindeverfassung kommen, können wir an unserer badiischen auch festhalten.

An den jetzt bestehenden Wahlsystemen ist nichts auszu sehen. Eine Streitfrage ist noch die direkte oder indirekte Wahl der Bürgermeister und G. M. in den Städten. Wir haben für die G. M. die direkte Verhältniswahl und wenn diese dann die G. M. in direkter Wahl wählen, so wird sicher das gleiche Ergebnis erzielt, wie bei direkter Wahl. Es ist also die Frage eine reine Formfrage; für das allgemeine Wahlsystem ist es eine Entscheidung, wenn nur einmal gewählt wird. Bei der Direktwahl fällt die Hauptentscheidung sowieso in den Parteiverhandlungen, wo die Vorschläge für die zu wählenden G. M. und G. V. bestimmt werden.

Bezüglich der Bürgermeister wäre es wohl zweckmäßig, wenn man all den Gemeinden, die ihren Gemeinderat direkt wählen, auch die direkte Wahl des Bürgermeisters ließe. In den größeren Gemeinden besonders dort, wo mehrere Bürgermeister gewählt werden, spricht sehr vieles für die indirekte Wahl. Wer die Wahlvorgänge in Württemberg beobachtet hat, weiß, daß auch dort die eigentliche Entscheidung in gemeinsamen Beratungen der Parteien getroffen wird.

Für die größeren Städte ist es nun keineswegs wünschenswert, daß die Zahl der Bürgermeister zu groß wird, noch weniger liegt es aber in unserem Interesse, die Zahl der Magistratsräte zu vermehren. Ist ein Bürgermeister einmal gewählt, so ist der Bürgerausschuß das nächstmal nicht mehr ganz frei in der Wahl, weil der Bürgermeister im Falle der Nichtwiederwahl Anspruch auf Absetzung hat und gerade Arbeiter gewinnen es auch nicht leicht über sich, jemand seiner Existenz zu berauben. Die große Zahl der Bürgermeister drückt auch die Bedeutung der gewählten G. M. herab. Die Magistratsräte werden wie andere Beamten vom Stadtrat ernannt und können nur unter den gleichen Voraussetzungen wie andere Beamten entlassen werden. Auf ihre Wahl haben also die G. M. gar keinen Einfluß. Sie sind die Gehilfen der Bürgermeister und ihre Tätigkeit ist sogar der Kontrolle des G. M. entzogen. Einen guten Ausweg aus dieser Situation hat nach meiner Auffassung Mannheim gefunden. Dort wurden einigen Stadträten bestimmte Tätigkeitsgebiete übertragen, wofür diese eine Besoldung bezogen. Anspruch auf Absetzung haben diese G. M. nicht und zeigt sich, daß einer oder der andere seinem Posten nicht gewachsen ist, so kann er jederzeit wieder auf seinen unbesoldeten Posten gesetzt werden, ohne den nächsten Wählertermin abzuwarten. In vielen Fällen ergibt sich auch die Möglichkeit, G. M. nebenamtlich, gegen Vergütung, stärker als bisher heranzuziehen. Die Parteien müßten dann eben bei der Kandidatenaufstellung geeignete Leute in Vorschlag bringen.

Als Technikerkreise wurde auch schon die Forderung erhoben, „Technische Bürgermeister“ zu wählen. Ich glaube, die Techniker würden dabei schlechte Erfahrungen machen. Dieser technische Bürgermeister würde Gelegenheiten haben, in allen Fragen seine Meinung zur Geltung zu bringen. Ein Techniker ber auf allen Gebieten sachverständig ist, gibt es aber nicht. Es würden also die eigentlichen sachverständigen Vertreter noch mehr in Hintergrund treten als heute. In den meisten Städten haben die Techniker in den Kommissionen Sitz und Stimme. Dort tagen sie ihre Sache vor und ein wirklich guter Sachverständiger muß in der Lage sein, obektiv denkende Menschen mit gesundem Menschenverstand, von der Richtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen. Widerspruch, den er findet, zwingt ihn, seine Sache gründlich zu prüfen, und ein allzu großer Autoritätsglauben gegenüber den Sachverständigen ist schon deshalb nicht geboten, weil ja die Meinungen der Sachverständigen oft sehr weit auseinander gehen und schließlich doch die Laien entscheiden müssen. Das schließt nicht aus, daß gegebenenfalls ein Techniker zum Bürgermeister gewählt wird, darauf haben sie so gut wie andere Anspruch; der Bürgermeister darf aber nicht eine Art Oberbeamter werden und den Einfluß der technischen Beamten unterdrücken. Nütztiger wird es schon sein, wenn man den Vorständen der technischen Kreise die Möglichkeit gibt, ihre Vorlagen im G. M. selber zu vertreten. Die Beamten zu stimmberechtigten Mitgliedern des G. M. zu machen, geht bei unserer Gemeindeverfassung nicht. Es kämen dann bei der Aufstellung auch die politischen Gesichtspunkte in Betracht, weil sonst eine Partei verhältnismäßig sehr gestärkt werden könnte. Jedes beamtete Mitglied des Stadtrates stürzt die Macht der Bürgermeister und vor allem die des Oberbürgermeisters. Die großen Städte würden dann etwa 3-4 Bürgermeister und etwa 6 Vertretervorstände im G. M. sitzen haben, dadurch würden die ehrenamtlichen G. M. ihres Einflusses beraubt. Heute müssen sich die Kommissionen vorzulesen in die Frage einarbeiten, um im G. M. darüber referieren zu können. Auch die Kommissionenmitglieder erhalten tieferen Einblick, wodurch sie erst zu erfolgreicher Tätigkeit befähigt werden. Bei dem anderen System würden die Parteiführer wohl einen großen Teil der Sachen direkt in den Stadtrat bringen und dadurch das Hebergewicht der Beamten und Bürgermeister außerordentlich stärken.

Ich würde also vorschlagen, Teilhaftung des bestehenden Verwaltungsvorgangs, dem Techniker Sitz und Stimme in den Kommissionen, Referat des Technikers bei wichtigen Vorlagen im G. M., die Entscheidung aber muß bei den gewählten ehrenamtlichen G. M. und G. V. liegen.

Somit würde dann unsere Gemeindeverfassung im wesentlichen bestehen bleiben. Auch in der Rechteverteilung zwischen Bürgerausschuß und G. M. kann nicht viel geändert werden, wenn man die Gemeindeverwaltung nicht noch mehr erschweren und behindern will. Gewünscht sind ja beide Körperschaften vom Volke, der Bürgerausschuß ist aber so gestaltet, daß er nicht ausführendes Organ werden kann. Man kann aber dem Bürgerausschuß das Einbringen von selbständigen Anträgen erleichtern und bestimmen, daß wenn eine bestimmte Anzahl G. M. es verlangt, der Antrag behandelt werden muß. Denn muß dem Bürgerausschuß auch das Genehmigungrecht bei Geländeabtäusch gegeben werden. Man kann die Bürgerausschußmitglieder mehr zu den Kommissionen heranziehen. Um die städtischen Betriebe beweglicher und leistungsfähiger zu gestalten, ihre Verwaltung mehr mit laienmännlichem Geist zu erfüllen, müssen aber diese Kommissionen auch mit mehr Rechten ausgestattet werden. Ich habe früher schon in Erwägung gezogen, daß die Kommissionen die Rechte erhalten müssen, wie sie bei einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft der Aufsichtsrat hat.

Wenn von den G. M. und den G. V. je eine entsprechende Zahl in der Kommission vertreten sind, können beide Körperschaften ein Teil ihrer Rechte an diese Kommissionen abtreten. In die Kommissionen können auch andere, besonders geeignete Bürger oder Bürgerinnen gewählt werden. In diesen wirtschaftlichen Fragen müssen wir das Gesamtinteresse vor die Wahrung formeller Rechte stellen.

Daß in der neuen Gemeindeordnung die Staatsaufsicht auf das Notwendige beschränkt werden muß, ist selbstverständlich. Die Bevormundung muß aufhören selbst auf die Gefahr hin, daß einmal ein Fehler gemacht wird. Uebrigens hat die Staatsaufsicht die Fehler auch nicht verhindert. Die beste Kontrolle liegt in dem von der Revolution geschaffenen Gemeindevahlrecht. In den großen Städten müssen die Befugnisse des Bezirksamtes an den Stadtrat übergehen.

Wenn die Gemeinden ihre Freiheit erlangen, dann werden sie sich auch kulturell und wirtschaftlich weiter entwickeln und im Staate ihre Aufgaben erfüllen. Soll der Staat gedeihen, müssen die Gemeinden wirklich freie Selbstverwaltungskörper werden. So sehr wir ein einiges deutsches Reich mit einheitlichen Grundgesetzen wünschen, so sehr müssen wir für die Verwaltung, für Ausführung wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben, die Dezentralisation und freie Selbstverwaltung für die Gliedstaaten, Kreis und Gemeinde fordern. (Schluß folgt.)

Die Friedensverträge mit Bulgarien und Deutsch-Oesterreich.

BRN. Paris, 2. Sept. Beim Obersten Rat der Alliierten besteht der Wunsch, den Friedensvertrag für Bulgarien so rasch wie möglich fertigzustellen. Der Rat beschloß, der bulgarischen Friedensdelegation den Text, der die politischen Grenzen des Landes bezeichnen, zu übergeben. Ein Ausgang zum Meere wird Bulgarien versprochen. Die bulgarische Delegation wird, wie es vorher mit Oesterreich der Fall war, im Namen ihrer Regierung das Versprechen abgeben, daß sie auf gewisse im Friedensvertrag zu bezeichnenden Gebiete keinen Anspruch mehr erheben will. Die Zuteilung dieser Gebiete wird erst später erfolgen. Unter diesen Umständen wird die bulgarische Delegation der Alliierten nach vorhergehender Meinung sein, keinen Anlaß zu einer Verzögerung des Friedensschlusses mit Bulgarien bilden.

Es wird bestätigt, daß der endgültige Friedensvertrag mit Oesterreich durch Dutaia am Dienstag der österreichischen Delegation in St. Germain übergeben werden wird. Das Reichschreiben, das die gegenüber dem Urtext vorgenommenen Veränderungen enthält, wird am Mittwoch vormittag in öffentlicher Sitzung überreicht werden. Der endgültige und vollständige Text des Vertrags wird offiziell in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Eingriff der Entente in die deutsche Reichsverfassung.

Paris, 2. Sept. Nach dem „Journal“ hat die juristische Kommission der Friedenskonferenz den Bericht über die deutsche Verfassung fertiggestellt und der Friedenskonferenz überreicht. Sie vertritt die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung gegen Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstoßen. Der Oberste Rat soll entscheiden haben, daß die deutsche Regierung innerhalb 15 Tagen die Reichsverfassung abzuändern habe. (Die beiden Artikel handeln von der Möglichkeit der Aufnahme Deutsch-Oesterreichs D. Red.)

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der Forderung: Gegenüber dem vom Obersten Rat vertretenen Standpunkt ist zu bemerken, daß sich die deutsche Regierung im Friedensvertrag nicht verpflichtet hat, von jedem Gedanken der Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich abzusehen. Vielmehr hat Deutschland im Artikel 80 des Friedensvertrages anerkannt, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Änderung zustimmt. Dieser Zustimmungsmöglichkeit kann auch der Oberste Rat nicht vorgreifen.

Der „Berliner Lokal-Anz.“ spricht von einem völlig unberechtigten Eingriff in unsere Selbstbestimmung, die von einer so schweren erpresserischen Drohung begleitet werde.

Die „Post. Ztg.“ sagt: Wenn wirklich die Entente die vom „Journal“ angegebene Forderung erheben sollte, so wäre die entsprechende Ablehnung die einzig mögliche Antwort.

Rückkehr der Gefangenen.

Berlin, 2. Sept. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den ersten 2000 Kriegsgefangenen, die aus englischer Hand in Frankreich einetroffen sind, ist der erste Transport von tausend Mann ins Lager Meichele überführt worden. Die zweiten tausend Mann werden ins Lager Nießen gebracht.

Die Buße der Stadt Berlin.

Berlin, 2. Sept. (Privattelegr.) Wie die Abendblätter melden, ist die Summe von 1 Million Mark in Gold, welche Frankreich für die Ermordung des serbischen Mannheims als Buße von der Stadt Berlin geordert hat, der deutschen Regierung von privater Seite angeboten worden. Die Regierung hat das Angebot angenommen und die Summe an die französische Regierung abgeführt. Sie hat aber dabei betont, daß sie an ihrem Rechtsstandpunkt nicht festhalte und daß ihr der Betrag von privater Seite ausdrücklich für die Buße des Roten Kreuzes überlassen worden sei.

Die Elässer im französischen Militärdienst.

Berlin, 3. Sept. (Privattelegr.) Nach der „Deutschen Illg. Itg.“ melden französische Blätter, daß die Jahrgänge 1918 und 1919 im März im nächsten Monat unter die Fahnen gerufen werden. Sie werden in eigens abteilten Verbänden mit elässischen Unteroffizieren und Offizieren in Banncon, Belfort, Nancy und Meims garnisonierende Regimentern eingereiht werden.

Vernichtung der Luftschiffe.

Berlin, 2. Sept. (Privattelegr.) Zu der Meldung über die Vernichtung von zwölf an England auszuführenden Luftschiffen erfahren die Reichs-Parlamentarischen Nachrichten: Von den zerstörten Luftschiffen waren einige bereits während des Krieges abmontiert worden, weil sie unbrauchbar geworden waren. Sieben Luftschiffe sind von den Mannschaften im Anschluß an die Vorgänge in Scapa Flow zerstört worden.

Der Schmuggelprozeß gegen den Prinzen Wied.

Berlin, 1. Sept. Nach einem Bericht der „B. Z. a. M.“ war in der heutigen Verhandlung des Schmuggelprozesses gegen den Prinzen Wied in Treleborg nur D. v. Stodhausen mit dem Stockholmer Advokaten Ribforch erschienen, während die Gräfin Solms-Wildenfels, eine Schwägerin des Prinzen Wied, nicht zugegen war. Der schwedische Advokat erklärte, Prinz von Wied habe dringende Gründe für die Ausfuhr der Schätze gehabt. Das Recht zur Ausfuhr leitete er aus seiner Territorialität als ehemaliger Fürst von Albanien her. Er hätte um die Erlaubnis zur Ausfuhr nachgesucht gehabt. Da aber die Antwort voraussichtlich noch sehr lange auf sich hätte warten lassen, sei er zur Selbsthilfe gezwungen. Es sei nicht seine Absicht gewesen, die schwedische Zollbehörde um die ihr zustehende Steuer, die bei einem Wert des Schatzes von 6 Millionen Kronen etwa 270 000 Kronen, also eine Million Mark, betragen hätte, zu bringen. Politisch hätte er sich nicht widerstand dem Vertreter des Prinzen v. Wied in jeder Weise. Er bestritt, daß die beiden beim Schmuggel ergriffenen die Absicht gehabt hätten, die Schätze zu verzeihen. Auf Antrag des Rechtsanwalts wurde die Verhandlung auf den 20. September vertagt.

Die Zollabgabe im kleinen Grenzverkehr. Wie noch aus den Verhandlungen des badischen Landtags ersichtlich sein dürfte, haben die Bewohner der Grenzzone der badisch-schweizerischen Grenze in einer Reihe von Eingaben wiederholt bei der badischen Regierung den Antrag gestellt, sie möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Bezug von nicht in sich selbstverwertbaren und Gemeinlichkeitsgegenständen aller Art aus der Schweiz von jeder Eingangsabgabe befreit bleibe. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ werden nun die Bemerkungen der bad. Regierung den Wünschen der Grenzbevölkerung zu tragen dargestellt. Es wird mitgeteilt, daß wenig Aussicht vorhanden ist, den Anträgen stattzugeben. Die badische Regierung habe aber um erneute Beschwerden und Klagen der Bevölkerung an der badisch-schweizerischen Grenze zu vermeiden, zunächst davon abgesehen, das Reichsgesetz, wonach die Zahlung der Zölle in Gold oder in dem um das Aufgeld erhöhten Betrag in deutschen Banknoten gezahlt werden müssen, im kleinen Grenzverkehr in Kraft zu setzen. Durch Einführung des Reichsgesetzes auf die Dauer zu verhängern. Der amtliche Artikel betont noch, daß die badische Regierung versuchen werde, auch fernerhin den Wünschen der Grenzbevölkerung Geltung zu verschaffen, mit dem Uebergang der Zollverwaltung auf bis Reich werde ihr aber freilich der nötige Einfluß auf die Festsetzung der Verhältnisse völlig entzogen werden.

Millionentrab der Volkswirtschaft. Nach Moskauer Nachrichten haben die Volkswirtschaften das schwedische Generalkonulat in Moskau, wo Millionenwerte untergebracht waren, geplündert. In dem Konulat befand sich die Filiale der National City Bank, die über mehrere Millionen Vermögen und Wertpapiere verfügte, und nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Amerika nach dem schwedischen Konulat verzoogen war.

Berlin, 3. Sept. Laut „Berl. Lok.-Anz.“ hat der Industriellische deutsche Seemannsbund wie das Organ des Transportarbeiterverbandes meldet, Subventionen aus englischer

Quelle erhalten, so z. B. anfangs August d. J. durch die Vermittlung des berichtigten Davelod Wilson in London 20 000 M.

Berlin, 3. Sept. Der Verbandstag des Tagelöhnerverbandes hat dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge mit 22 gegen 19 Stimmen beschließen, den früheren Stadtkommandanten von Berlin und neuerdings Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels aus der Gewerkschaft auszuschließen, weil er an den blutigen Ereignissen am 6. und 24. Dezember mitgewirkt ist.

Schöpplin Abschied als Gouverneur von Berlin.

Genosse Schöpplin, der in diesen Tagen als leitender Redakteur in die Redaktion unseres Blattes eintritt, wird, ist auf seinen Antrag am 31. August von dem Posten des Gouverneurs von Berlin entlassen worden. Gleichzeitig wurde das Gouvernament Berlin aufgelöst, das seit dem Jahre 1868 bestanden hat. Schöpplin hat sich durch eine Bekanntmachung von der Bevölkerung und Garnison Berlin verabschiedet, in der es u. a. heißt:

„Ich stehe an die Spitze des Gouvernements, trotz, daß auf den Straßen Berlins Bürgerblut, Verblendete und janiderte Menschen hatten, in freudigem Beginnen gegen die allgemeinen Volksinteressen, harte und blutige Kämpfe heraufzubekommen. Mit Mut und Entschlossenheit haben die Freiwilligen und die Volkswachen unter energischer und unerschütterlicher Führung dem gemeingefährlichen Unternehmen ein rasches Ende bereitet. Dazu hat wesentlich aber die Haltung des größten Teiles der Bevölkerung beigetragen, die friedliebend ist und die lebensnotwendige Ruhe und Ordnung gesichert wissen will, um in werktätiger Arbeit das armennergebrochene Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Noch ist aber die Ruhe nicht dauernd gesichert: noch immer bricht in den Köpfen krankhaft veranlagter Fanatiker der Gedanke, durch Gewaltanwendung unsere Ideen in die Tat umzusetzen, wobei sie auf die demoralisierende Wirkung der hinter uns liegenden Kriegsjahre spekulieren. Ein Erfolg dieser Bestrebungen müßte unserem Volke zum größten Unheil gereichen. An dem Wächterbewußtsein der Truppen und ihrer Führer, an der Einsicht und der politischen Schulung der Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft, wie auch an der Besonnenheit der erwerbstätigen bürgerlichen Kreise, werden alle gewalttätigen Absichten scheitern. Das Gebot der Stunde ist fleißige Arbeit und strenge Pflichterfüllung; die wirtschaftliche und politische Lage unseres heute so unglücklichen Vaterlandes und Welfes erfordert neben Ruhe und Ordnung gemeinsames Handeln aller Glieder des Volkes. Mögen die Gemeinden Groß-Berlins vor weiteren schweren Erschütterungen verschont bleiben, damit sie, wie unser deutsches Volk und Land, durch unruhige Arbeit und in wiedererwachendem Gemeinmitleid ausbleiben können aus dem materiellen und geistlichen Elend der Gegenwart.“

Allen meinen Mitarbeitern, Offizieren und Mannschaften, Beamten und Angestellten meinen herzlichsten Dank für die gewählte Unterstützung. In der gemeinsamen Loyalität mit ihnen habe ich in den vergangenen oft so ernten und schweren Monaten hoffnungsvolle Zeichen für eine gedeihliche Zukunft gefunden.“

Sitzung des Parteiaussschusses.

Berlin, den 2. September 1919.

Die fortgesetzte Aussprache über die allgemeine Politik der Partei anerkannte Sindenmann-Dresden die Notwendigkeit, daß sich die Partei hinter die Regierung stelle. Künftige Parteibewegungen müßten einheitlich geleitet werden. — Profit- und Wagnislose sollte die Wille der sozialdemokratischen Partei nach dem Weiten, wo die Ententetruppen das linksrheinische Gebiet besetzt haben. Dort sollte die Arbeiterklasse jetzt die Sünden der Funktionäre und Kriegstreiber aus. Am schmerzlichen sei es dort, wo die Franzosen ihre Herrschaft aufrechterhalten, vor allem in der Pfalz, wo General Conrad das ganze politische Leben unterbinde. Trotzdem steht unsere Parteileitung in der Pfalz

heute stärker da als vor dem Krieg. Mit aller Kraft kämpft sie an gegen die separatistischen Bestrebungen; denn die Pfälzer sind nicht halbe Franzosen — die Pfälzer sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben. Wir wollen mit ihnen im Reichverband bleiben und jeden hoffnungsvollen in die Zukunft der Deutschen Republik. (Stürmischer Beifall.) — Parteivorstandender Wels vertritt die Ansicht, daß die Pfälzer im ganzen deutschen Volke den lebhaftesten Widerstand finden. Alles, was in den Kräfte der Partei steht, wird geschoben, um unsere Brüder in der Pfalz zu schützen. — Im übrigen äußert sich Wels zu den in der Aussprache vorgebrachten Anregungen und vertritt, daß der Parteivorstand für die Verfolgung der Genossen mit Propagandamaterial sein Bestes tun werde. Weder gegen Links noch gegen Rechts dürfe etwas versäumt werden. Die gegenrevolutionären Bestrebungen sind aber im gegebenen Moment ein entschlossener Gegenzug unsererseits zusammenzurechen lassen. Die Diktatur des Proletariats und die Regierung sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschland einfach unmöglich. Aber der kommende Winter mit seiner Kälte stellt uns auf eine harte Probe. Mit festen Nerven und Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung kommen wir hoffentlich aus darüber hinweg und führen das deutsche Volk der Forderung entgegen. — Heinrich Schulz berichtet über die Lehrer- und über die Jugendbewegung. Die Arbeitergemeinschaft sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen verleihe jede Unterstützung. Es solle demnächst ein Kursus etwa 30 Genossen vier Wochen bereiten, um sie in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus einzuführen. Natürlich kämen dafür nur Vorgeschiedene in Frage.

Sodann berichtet Wels über die internationale Konferenz in Luzern. Der Tagungsort in Luzern war wenig geeignet, um bei der Schweizer Arbeiterklasse für die internationale moralische Eroberungen zu machen. Die Spannung zwischen den Entente-Sozialisten und uns sei nicht abzulassen, ein Schuldverhältnis können wir aber nicht aufrechten, weil es gegen unsere Überzeugung wäre. Wels schließt dann an der Hand von Aktienstücken das Verhalten der Unabhängigen in Luzern. Selbst Franzosen und Belgier seien über ihr Auftreten empört und überzeugt, daß den Reichssozialisten gar keine andere Wahl blieb, als so zu verfahren, wie wir in Deutschland verfahren sind. Ueber den Antrag auf unsere Ausschlusß wird man mit einer Handbewegung zur Tagesordnung übergehen. Wels berichtet dann eingehend über die Gefangenensfrage, erwähnt die Delegation zur Genfer Konferenz und übermittelte Grüße Scheidemanns aus der Schweiz. Er werde in nächster Zeit seine Parteiarbeit wieder aufnehmen. — Es entspinnt sich dann eine längere Aussprache über Vorschläge zur weiteren Verbreitung der „Gleichheit“.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung: „Organisation“ berichtet Genosse Weinschild. Den Delegierten ist Material mit genauen Formularen in einer Mappe übergeben worden, und der Parteivorstand ist der Auffassung, daß mit dem 1. Oktober d. J. dieses Material in allen Bezirken zur Einführung gelangen soll. Weinschild gibt ausführliche Erläuterung über Bezirksorganisation, Organisationsaufbau und Organisationsmaterial. Seine Ausführungen werden in der Aussprache von den Genossen Thüne, Hängel und Drömmel durch weitere Anregungen ergänzt. Genosse Bartels vom Parteivorstand sagt mit der Deutlichkeit des „Vorwärts“ bekannt, wonach die Bezirksorganisationen das Material zu einem bestimmten Preise von ihr beziehen können. Besonders finanzschwache Bezirke werden ebenfalls durch Zuschuß vom Parteivorstand erhalten können. Bartels behandelt dann die Frage der Neuschaffung der sogenannten Untersekretäre, die eine Vermittlungsquelle zwischen den Organisationen und Parteivorstand darstellen sollen. Auch hier werde unter gewissen Umständen der Parteivorstand Zuschüsse leisten.

Die Organisationsdebatte wird in umfassender Weise vorgenommen und ergibt eine Fülle von Anregungen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schaffung einer Zentralkasse für die Beamtenorganisation. Der Parteivorstand ist einmütig zu der Überzeugung gekommen, daß eine solche Zentralkasse notwendig ist. Die Begründung dafür gibt Genosse Thüne, der die Ziele der Beamtenbewegung eindringlich darlegt. Genosse Bartels vom Parteivorstand erklärt, daß der dem Parteiaussschuß vorgelegte Entwurf für diese Organisation nach nichts Entgeltlich darstelle, aber wertvolles Material enthalte, das der Parteivorstand eingehend prüfen werde. Auch Wels versichert, daß die Einführung der Zentralkasse beim Parteivorstand in kürzester Zeit erfolgen solle. Alles weitere werde den Bezirksorganisationen noch weiter mitgeteilt werden. Auch hier ergibt die ausführliche Aussprache, an der besonders Waigand, Bremen und Leuterich-Hamburg teilnehmen, im wesentlichen Uebereinstimmung mit den Vorschlägen.

Wels stellt dann die Parteigenossen, sich reger als bisher an den Empfangsaussschuß für die Kriegsgefangenen und an den Fürsorgestellen für die Kriegsgefangenen-Geliebte zu beteiligen.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

51 Nachdruck verboten

Da fuhr der alte Dufel, der, den Kopf auf beide Arme gelehrt, ganz allein noch am Tisch geessen hatte, empor. Das „Es lebe Polen!“, das hörte er bis in den tiefsten Traum. Die Hand hinter das Ohr legend, sich vorneigend, wie ein zitternd Lachender, drängte er: „Göt! ihr sie? Trommeln sie im Waja Gora, Brüder? Schluchzend lachte er und fiel dem nächsten um den Hals: „Die Stunde ist da! Auf, laßt uns ehen — ihnen entgegen — noch ist Polen nicht verloren!“

Er wachte auf und wollte zur Tür, mit den Händen wild suchend; aber der Schnaps war zu kräftig gewesen, der zog ihn zu Boden.

Die andern wollten lachen, aber der Vikar sprach rath: „Göt! ihr, er hofft auf das schlafende Heer! Polen heißt auf das schlafende Heer! Aber nicht aus dem Waja Gora wird das schlafende Heer aufstehen, nein, ihr selbst, ihr alle hier, seid das Heer, das erstanden wird, Polen zu befreien! Steht auf, rüht euch! Ihr seid bestimmt dazu von Gott dem Herrn, des Vaterlandes Retter zu sein!“

In leidenschaftlichem Drängen streckte er die Arme gegen sie: „Ich bitte euch, ich beschwöre euch, erwacht! Sollte jeder keinen Glauben hoch! Euer Glaube ist eure Waffe, das stärkste Schwert zu Polens Befreiung! Und laßt eure Kinder nur polnisch sprechen, nur polnisch lernen! Galtet an eurer Sprache fest — wie wollt ihr recht glauben, wenn ihr nicht recht sprecht? Nur polnisch Gebet dringt zu Gottes Ohr! Und so jemand hier wäre, der — langsam blühte er in der Hande, seine bis dahin wackelnde, bittende Stimme wurde streng — „der dieses vergähe, so hätte ich das Recht, ja die Pflicht, ihm die Segnungen und Gnaden der Kirche zu verweigern. Bedenket alle, jetzt ist die Zeit, in der der Teufel umhergeht, euch zu fischen. Wie das Vieh unzählige Wäcker hat, so gibt es zu dieser Zeit unzählige Gelegenheiten zum Abfall vom Glauben. Galtet euch!“

Er hob den Finger, seine Miene ward undurchdringlich ernst. „Wer kein Kind lieb hat, der gibt seinem Kinde Brot — aber er gebe ihm vorerst das Heil der Seele. Denn man

wird herein die Seelen eurer Kinder von euch fordern! Galtet euch!“

Stark hatte er geäußert. Totenstill war's im Raum, kein Flüstern, kein Nicken zu nehmen. Nach ihm der Vikar noch einmal rundum — ein leichtes Reigen des Kopfes und fort war er.

Da brach es los: „Was, was hat er zu uns gesprochen?“ „Anderer Kinder sollen nicht polnisch mehr sprechen dürfen?“ „Und die Kinder werden nur deutsch sprechen?“ „Nur deutsch wird der Lehrer sie fortan lehren?“

„Wir werden unsere Kinder nicht mehr verfluchen, und unsere Kinder — uns nicht mehr!“

„Ihr Gebet wird dann nicht mehr erhört werden, und sie werden in die Hölle kommen!“

„Und wir werden auch brennen, weil wir sie ewigglücklich werden lassen!“

„Ihr Gewiss — sie brüllten alle auf — „unre Kinder sollen nicht verderben! Schlagt die tot, die ihnen Weibes wollen, die Wölfe in Schafpelzen, die Wölfe mit der lieblichen Stimme!“

Wen meinte eigentlich der Vikar damit: Wölfe in Schafpelzen? Ganz bestimmt hatten sie ihn doch nicht.

„Ei, Dammköpfe, wen anders denn, als die Deutschen?“

Wußten sie das denn noch nicht? Die waren eine gefährliche Sippschaft, aber der Klümmen Sippe Schlimmster war der Niemcewicz! In des Inspektors Stimme bebte Hoff: der Niemcewicz, der hochmütige Niemie, der sich zu vornehm dachte, den polnischen Inspektor zu grüßen, über den er wogte, als wäre er Luft, der war dumm, daß die Kinder nicht mehr polnisch sprechen durften! Der war an allem Uebel Schuld!

„Der Niemcewicz, ja der ist dumm!“ das wiederholten sie alle; es leuchtete ihnen ein, denn von Seite wirkte es ja genau: der Niemcewicz war beim Landrat in der Stadt gewesen, um zu verzeihen; Ab Schöpplin hatte seinen Wagen dort halten lassen.

„Göt! ihm das Heil, dem Kerl, dem Niemcewicz!“ brüllte der Förster, „was brauchst du noch lange Reden!“ Prellkornsch hatte es dem deutschen Baron nicht verpassen, daß er ihm bei der Treibjagd einen Anzündker eintragen, wie er zeitweilen seinen hatte einreden müssen, und noch dazu vor Göttern. Er sagte: „Nehmt ihn nur wahr auf's No-n. wenn

er euch in Schutzweite kommt! Wiff, poß! Urinat ihn zu Stredel!“

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Die Wirtschaftswissenschaft. Die gesamten Dokumente mit der ausführlichen Begründung, wie sie Wiffell in seinen Vorträgen und Ausführungen gibt, erscheinen Mitte August in einer von Wiffell selbst bearbeiteten Ausgabe in Buchform zum Preise von etwa 5 M. im Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 9. — Das Werk enthält u. a. alle desbezugslichen Neben Wiffells in der Nationalversammlung, vor Interessenten und Organisationen, auf dem sozialdemokratischen Parteitag usw., ferner die viel erwähnten Denkschriften, das Wirtschaftsprogramm, nicht ausbleiblichen persönlichen Kommentaren Wiffells. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Wiffells Rolle noch nicht ausgespielt ist und insbesondere die Grundgedanken einer „Wirtschaftswissenschaft“ eine nachdrückliche Bedeutung werden und daher von größtem Werte bleiben für alle politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise.

Das Vedensteduch 1920, Verlag Neuf u. Jitta, Konstanz, wird in einigen Wochen zur Ausgabe gelangen. Die Ausstattung und der Bildschmuck werden trotz der schwierigen Verhältnisse die gleichen sein, wie in den bisherigen sechs Jahrgängen, die ungeteilten Beifall gefunden haben. Zeitlich wird das Vedensteduch 1920 wiederum eine Reihe wertvoller Beiträge bringen, die in der Landschaft wurzeln und aus der Kultur des Vedenstedes herorgegangen sind. Am bildnerischen Teil arbeitet eine Reihe neuer Künstler mit, zum Teilblatt hat Herr Kurt W. Kobiß, der auch am bildnerischen Teil mitwirkt, den Holzschnitt angefertigt. Der Preis muß infolge der erhöhten Herstellungskosten und Arbeitslöhne voranschreitlich auf 4,50 M. festgesetzt werden. Wir werden feinerzeit bei Erscheinen noch näher darauf zu sprechen kommen.

Blätter für biologische Medizin. Mitteilungen der medizinisch-biologischen Gesellschaft und des Ausschusses der deutschen Vereine für Lebenserneuerung. 7. Jahrgang, Nr. 1/6, Deutschnationale Verlagsanstalt in Hamburg 30. Inhalt: Was will die medizinisch-biologische Gesellschaft? Von Dr. med. Hoff. Das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt. Zur Medizinreform. Von Dr. med. Hoff. Ueber Anwendungsweise und Wirkung der Quarzlampe. Von Dr. med. Hiesberg. Unsere Ernährung im Jahre 1910. Von Geh. Sanitätsrat Dr. Stilla, usw.

Neue Tierbeschreibungen. Von Dr. H. Zell. Preis geb. 1,50 M., geb. 2,50 M. Stuttgart, „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde Geschäftsstelle: Franck'sche Verlagsbuchhandlung.

Aus dem Lande.

Durlach.

b. Sozialdemokratischer Verein. Die am Sonntag, 30. August, stattgefundene Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins hätte besser besucht sein dürfen. Der Vortrag des Genossen Dr. Kraus über „Sozialisierungsfragen“ befriedigte alle Genossinnen und Genossen. Der Redner behandelte in eingehender Weise die Fragen der Sozialisierung. Die Grundfrage dabei der erste Teil des Erfurter Programms. Heute werde von den Genossen aller drei Richtungen viel mit Schlagworten überredet, dabei kennen viele noch nicht einmal die Grundzüge des Programms. Die vielen Klagen, die heute den Wälderwald durchdringen, daß keine Kosten zu Tage gefördert werden, daß es an Holzmaterialien und Wagen fehle, werden von denjenigen erhoben, die die Parteien, die Schmatzler der heutigen Gesellschaft sind, die überhaupt nicht wissen, was arbeiten heißt. Die Gewinne sollen nicht Einzelne einstecken, sondern alle sollen daran teilnehmen. Der Stand der Rohstoffe ist nicht auf die vielen Streiks und Unruhen zurückzuführen, die Aufhebung der Devisenordnung trägt ein Teil Schuld, daß die Mark von 33 auf 24 gesunken ist. Mit dem Wiederaufbau in Frankreich werde es soweit kommen, daß die Entente zu Zwangsmaßnahmen greifen wird. Der Schluß des Vertrages hängt davon ab, daß die gesamte Arbeiterklasse ihre ganze Kraft in die Gewerkschaften, Parteiorganisation und Konsumgenossenschaft legen muß, damit durch diese drei Faktoren die Revolution weiter getrieben werden kann. Des weiteren wies der Redner noch auf die Kalkulationskurse hin. Auch hier sei die Gewehr geboten, daß die Arbeiterklasse ihr Wissen bereitstellen könne. — Die Versammlung dankte dem Redner mit lebhaftem Beifall für seine lehrreichen Ausführungen. Der Entwurf des Organisationsstatuts und die Anträge zum Parteitag wurden nach beendeter Beschlüsse wurden keine gefaßt. An Stelle des verhinderten Genossen Steinbrunn wurde Genosse Storch zum Parteitag delegiert.

Schreinerstreik. Dienstag früh sind die in den hiesigen Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Holzarbeiter in den Streik getreten, da die aufgrund des Landestarifs getroffenen arbeitsrechtlichen Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden wegen unzureichender Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber.

Bruchsal.

Nachschaffungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal für 1918. Dem haben zur Ausgabe gelangten Nachschaffungsberichte für 1918 entnehmen wir folgende Angaben: Die Einnahmen betragen im Jahre 1918 455.092,32 M. (1917: 346.855,26 M.), die Ausgaben 443.642,55 M. (1917: 334.702,50 M.). Nach Abschluß betrug der Kassenbestand 1918 11.449,77 M. (unverändert wie im Jahre 1917). Nach der Vermögensaufstellung betragen die Aktiva Ende 1918 286.819,28 M. (Ende 1917: 284.217,76 M.), die Passiva Ende 1918 15.000 M. (Ende 1917: 14.917,76 M.). Für 1918 ist eine Vermögensabnahme von 7.808,48 M. festzustellen. Krankheitsfälle kamen im Jahre 1918 494 vor (im Jahre 1917 2101), die Krankheitsstage bezifferten sich im Jahre 1918 auf 70.098 (gegenüber 46.528 im Jahre 1917). Sterbefälle ereigneten sich im Jahre 1918 104 (1917 52). Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1918 2994 Männliche und 4785 Weibliche, am 31. Dezember 1918 3333 Männliche und 4830 Weibliche.

Das im Späthjahr 1917 seitens der Kasse um den Preis von 30.000 M. erworbene Erholungsheim Serravallo ging am 1. Januar 1918 veräußert in den Besitz der Kasse über und wurde am 14. April 1918 eröffnet. Bis Ende 1918 konnten 44 Personen in demselben Aufnahme finden. Die außer dem Kaufpreis entstandenen besonders verheerenden Kosten für das Heim belaufen sich im Jahre 1918 auf zusammen 14.680,35 M.

Ettlingen.

a. Sozialdemokratischer Verein. Einen sehr guten Besuch hatte die am Mittwoch abend stattgefundene Parteiversammlung aufzuweisen. Gen. Schröter gab einen ausgedehnten Bericht über die Kreisversammlung, deren Tätigkeit und deren wichtigsten Aufgaben. Gegenüber der früheren Kreisversammlung habe sich die Zusammensetzung der neuen Kreisversammlung zu Gunsten der Arbeiterklasse verschoben. Die Haupttätigkeit erstreckt sich auf dem Gebiete des Arbeiterkampfes, des Armenwesens (Landesverband), Frauensachen (Frauenvereine) und des Widerstands. Dürre Wälder entrollte Redner in der Widergabe der Berichte der einzelnen Mitglieder. Man erlah daraus, wie herzlich wenig für die Hebung des sozialen Elends der Armen der Arbeiter bisher getan worden ist. Eine deutliche Sprache spricht die Zahl von 557 Pflegenden in der Pflegenanstalt Hüb. Ebenso düster ist das Kapitel der Zwangsanklagen und der Waisenkinder. All diese großen sozialen Aufgaben, die dem Kreis obliegen, können nur erfüllt werden, wenn die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Können wir, daß der neu gewählte Kreisvorsitzende seine Pflicht wohl und ganz erfüllt, und so die Not und das Elend, das sich abseits vom Alltagsleben abspielt, zu lindern.

Gen. Lepperz erläuterte in seiner Eigenschaft als Bezirksrat Bericht über die halbjährlichen Bezirksratsarbeiten und deren Verwaltungspunkte. Auch auf diesem Gebiete habe uns die neue Zeit große Aufgaben gebracht. Diese Körperschaft, die ein Zwischenglied zwischen Staat und Gemeinde ist, habe sich mit Beschwerden und Fragen wirtschaftlicher und auch politischer Natur zu befassen. Wenn auch an und für sich diese Arbeit belanglos erscheint, so müsse doch vielen zu lösenden Fragen eine weittragende Bedeutung zugemessen werden. Bemerkenswert ist die Mitwirkung des Bezirksrats bei Grundstücksüberläufen, die gütliche Mitarbeit bei Schaffung der Landarbeiterwohnung usw.

Weide Redner erörterte allgemeinen Beifall. Im Punkt „Verdienste“ kam eine von der freien Turnerschaft eingelobte Resolution zur Sprache, in der das Verhalten eines Genossen in der Mitwirkung bei einem bürgerlichen Sportverein gerügt wird. Die Ansprache hierüber gestaltete sich sehr lebhaft. Von seiten des Vorsitzenden der freien Turnerschaft wurde lebhaft Klage geführt, daß die Arbeiter, besonders die jungen Arbeiter den Sport bei Zeit nicht erfaßt haben. Ein großer Teil der jungen Arbeiter marшиert heutzutage nur noch unter dem Banner der alten reaktionären bürgerlichen Sportvereine, wo sie ja nur als Staffage für reaktionäre Pläne benutzt werden. In die Genossen und Genossinnen geht der Ruf: Heraus mit Euren Kindern aus dem alten System der den Nachkommen zuletzten bürgerlichen Sportvereine. Gekennzeichnet gefaßt in die freie Sportbewegung. — Diesen Ausführungen wurde allgemein zugestimmt.

Naßtal.

Wohnungsnot. In diesem Thema erhalten wir noch folgende Zuschrift eines Interessierten: In Naßtal besteht der letzte Bezirkskommandeur eine 7 Zimmerwohnung mit Küche, Bad, Manikaden und sonstigen Zubehör. Das Bezirkskommando selbst mußte seine Wohnsitz im nach der Ludwigstraße versetzen, um dadurch der Wohnungsnot zu steuern. Nun stellt sich heraus, daß die Räumlichkeiten des Bezirkskommandos unter großem Kostenaufwand für eine Wohnung für den Bezirksabteilungsleiter hergerichtet werden sollen. Mit geringen Kosten sollen sich in dem Gebäude 4 Familienwohnungen einrichten. Nahe dem Bezirkskommandeur könnten mittels noch 3 Familien untergebracht werden. Die von allen in Betracht kommenden Stellen gegebenen Versicherungen auf weitgehendste Unterstützung der Unteroffiziere bei Beschaffung von Wohnungen zerfallen angesichts vorerwähnter Zustände in ein Nichts. Welche Behörde muß

dennt für solche Zustände verantwortlich gemacht werden? Warum wird nicht, wie in anderen Städten, eine genaue Wohnungsstatistik ausgeführt und große Herrschaftswohnungen dem wirklichen Bedürfnis entsprechend verkleinert und einer weiteren Familie zugänglich gemacht? Im Interesse aller auf eine Wohnung wartenden Familien ist es nötig, daß da endlich gründlich Wandel geschaffen wird. Ganz besonders muß auch hier betont werden, daß es einen Weg gibt, der beschritten werden kann, wenn mit der Hilfe dazu da ist!

„Sozialbewegung der Arbeiter bei militärischen Behörden.“ Da die Bezahlung der Anstellten bei den Militärbehörden in Naßtal eine ganz ungenügende ist (ein befristeter Angestellter im Alter von 24 Jahren verdient z. B. 300 M. ohne irgend welche Zulagen) sind die Angestellten in eine Gehaltsbewegung getreten. Das Ortskomitee der vereinigten Arbeitervereine in Naßtal hat auch die Vertretung der Interessen dieser Angestellten übernommen und beruft auf Donnerstag, 4. September, nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Versammlung für alle männlichen und weiblichen Angestellten, welche bei militärischen Behörden beschäftigt sind, in das Gasthaus zur „Linde“ ein. Genosse Langhans wird über die Tarifbewegung sprechen, sodann soll die Wahl einer Tarifkommission stattfinden.

„Tarif für die Industrie-Angestellten.“ Am Montag abend fand in der „Linde“ eine Versammlung der Industrie-Angestellten statt, in welcher Genosse Langhans über die Tarifverhandlungen berichtete und den vom Schlichtungsausschuß vorgelegten Tarif zur Annahme empfahl. Die Versammlung beschloß mit starker Mehrheit, sich dem Schiedsbruch des Schlichtungsausschusses zu unterwerfen, wodurch von seiten der Angestellten der Tarif angenommen ist. Die Arbeiter werden sich bis zum 10. September zu entscheiden haben, ob sie auch ihrerseits sich dem Schiedsbruch unterwerfen. Die Angestellten in Gaggenau haben den Tarif abgelehnt, da er in Anbetracht der Leistungsfähigkeit der dortigen Industrie den Angestellten so gut wie keine Gehaltsverbesserungen bieten würde.

Aus dem Murgtal.

Schwerer bei Vernbach, 2. Sept. In der letzten Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde beschlossen, bei der nächsten Bürgerausstellung folgende Anträge einzubringen: 1. Schaffung einer Lebensmittelkommission; von unserer Seite werden die Gen. August Schröter, Emil Murrler und Karl Müller vorgeschlagen. 2. Lebensmittelkarte für sämtliche Schulkinder, deren Eltern ein Einkommen unter 6000 M. haben. Die Kosten werden von der Gemeindekasse übernommen. 3. Für drei neu zu errichtende Bürgerausstellungsläden werden von unserer Seite die Gen. Karl Schröter, Rud. Wunsch und Emil Murrler vorgeschlagen. — Weiter wurde der vom Vorstand zum Karlsruher Parteitag vorgeschlagene Gen. Sigmann einstimmig gewählt. Es wäre sehr zu wünschen, daß die nächste Monatsversammlung einen besseren Besuch aufweisen würde.

Baden.

a. Die Arbeiterräte. Wenn auf der Landeskonferenz der A., V. und B.-Räte die Frage der Auflösung der Arbeiterräte einen Sturm von Rür und Wider hervorgerufen hätte, so wären demgegenüber die hiesigen Genossen in der letzten Parteiversammlung eine klare und entscheidende Stellung für das Fortbestehen der A., V. und B.-Räte ein. Der im Laufe der Diskussion eingeleitete Antrag, über diese Frage abzustimmen, ergab das Resultat, daß alle Anwesenden gegen eine Auflösung der Arbeiterräte waren. Ein zweiter Antrag, an die einzelnen Mitglieder des Kreises zu schreiben und sie darin aufzufordern auch in ihren Versammlungen Stellung zu dieser wichtigen Frage zu nehmen, wurde einstimmig angenommen. Der Arbeiterrat selbst kam in der letzten Sitzung zu dem Entschluß, daß er auf keinen Fall aufgelöst werden soll. — In der nächsten Parteiversammlung wird Genosse Trinius, M. d. A., einen wichtigen und aufklärenden Vortrag halten. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen, keiner darf fehlen. Der Tag der Parteiversammlung wird noch bekannt gegeben.

Adern.

b. Die Kohlenknappheit. Das hiesige Elektrizitätswerk läßt seinen Konsumenten für die nächsten Tage eine weitere Einschränkung des elektrischen Stromes an für den Fall, daß die angeforderten Kohlenmengen nicht noch rechtzeitig eintreffen. Dadurch würden zahlreiche Betriebe bedeutende Störungen erfahren, da bekanntlich auch das Murrkraftwerk nicht jederzeit genügend Strom an das hiesige Netz abgeben kann.

Bühl.

c. Vom Koffelberg. Wer jetzt einen Spaziergang auf den nahen Koffelberg unternimmt, wird beim Betreten der Terrasse auf der Ostseite die unheimliche Wabenebene machen, daß ihm der Wind auf die Stirn weht wie auf den nahen Schwargswald — ein wunderbares köstliches Panorama — durch die hochgedachten Wälder verhängt ist. Warum werden letztere nicht zur Gänze abgeerntet? Wer sorgt hierfür, Stadtverwaltung oder Verbandsvereine?

Antilingen, 3. Sept. Heute Abend half 9 Uhr findet in der „Krone“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Die wichtige Tagesordnung weist das Folgende auf: 1. Bericht über die Arbeit der letzten Monate.

Spöck, 1. Sept. Nächsten Sonntag, 6. Sept., findet im Gasthaus „zum grünen Baum“ eine Mitgliederversammlung statt. Um vollständiges Gelingen aller Maßnahmen wird gebeten, daß die Beiträge auch empfindlich nach zu leisten. Beginn halb 9 Uhr.

Durlach bei Offenburg, 8. Sept. Von einem unbekannten Täter wurde in der Kirche hier der Tabernakel zerstört und die beiden Spiegeltische zertrümmert.

Gernsbach, 2. Sept. Den Hebräerwunderkinder von Gernsbach ist es gelungen, am Samstag eine Sendung Kartoffeln von 67 Pfund zu beschaffen. Das Meißel wurde von Ausgütern aufgegeben und sollte nach Frankfurt a. M. weitergeschickt werden.

Badoltsen, 2. Sept. Eine Auszubildende des Bauernvereins feierte die Obiwahl wie folgt fest: Tafelappet 40 M., Wirtshausappet 30 M., Weinappet 20 M., Musikanten 16 M. und 100 M. insgesamt. (Aus dem Calender wird berichtet, daß die Preise für Fruchtsäfte beträchtlich gefallen sind. Für das Pfund Birnen wird teilweise nur noch 25 A. bezahlt. In den Städten merkt man nicht viel von diesem Preisrückgang.)

Das Auftreten der Ranne ist im Forstamt Schwaningen in hiesigem Umfang festgestellt worden. Die hiesigen Forstämter wurden angewiesen, bei der jähigen Schwärzzeit der Ranne, festzustellen, ob und wo die Ranne vorkommt und ob die Gefahr einer Massenvermehrung zu bestehen scheint. In der Weinebene wurden nach Verleiten hiesiger Behörden das Auftreten der Ranne ebenfalls festgestellt.

Preise für Getreide. Das hiesige Ministerium des Inneren hat u. a. nachfolgende Preise für kommunalverkauft angeordnet, im laufenden Wirtschaftsjahr: Getreide nach Unter der Wohnung an den Kleinhandel abzugeben, daß bei Kleinverkauf für ungeschälten Weizen ein Preis von 82 A für das Pfund und für geschälten Weizen ein Preis von 84 A für das Pfund nicht übersteigen darf.

Kaufpreise für Elektroinstallateure. Das Landesgewerbeamt in Karlsruhe beabsichtigt, in der Zeit vom 3. November bis 13. Dezember einen Nachkurs für Elektroinstallateure und verwandte Gewerbe über Wesen, Entwerfen, Berechnen und Verlegen von elektrischen Beleuchtungs- und Motorenanlagen zu veranstalten. Die Zulassung zu dem Kurse wird von dem Nachkurs einer mindestens einjährigen Tätigkeit im Elektroinstallationsgewerbe abhängig gemacht. Der Unterricht ist unentgeltlich. Anmeldungen zu dem Kurse sind bis spätestens 15. Oktober beim Landesgewerbeamt in Karlsruhe einzureichen. Vordrucke zur Anmeldung können von dieser Stelle bezogen werden.

Frühbrunnsprämie für Brotgetreide und Gerste. Nach Ergeben beim badischen Ministerium des Innern einmündiger Mitteilung des Direktoriums der Reichsbrotbrotstelle ist nunmehr ein Lieferungsaufruf (Frühbrunnsprämie) für Brotgetreide und Gerste festgelegt worden. Er beträgt bei Lieferungen vor dem 1. Oktober 150 M., bei Lieferungen vor dem 16. Oktober 75 Mark für die Tonne. Das Ausbreiten von Hafer ist bis zum 15. Oktober verboten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 3. September.

Wer ist schuld an den hohen Obstpreisen?

Die Frage der Schuld an den hohen Obstpreisen wird sehr verschieden beurteilt. Wir veröffentlichten dieser Tage eine Verlautbarung von maßgebender Stelle, die die Hauptschuld dem Publikum und den Bauern selbst, das auf Land hinausgeht und den Bauern den hohen Verkaufspreis zahlt und zum Teil diesen Preis in seiner Gamsterzeit noch hinauffeigert.

Dem widerspricht ein Leser unseres Blattes, welcher schreibt:

„Keineswegs liegt die Schuld am Publikum, wohl aber an jenen „maßgebenden Stellen“, die diese hohen Preise ansetzen. Ein Beispiel: Die Verkaufspreise für Apfelsinen sind 55—70 Pf. Tatsächlich kosten alle 70 Pf. Es sei die Frage erlaubt, wie kommt man zu solch unsinnigen Preisen? Früher kostete das Pfund 6—10 Pf. Der heutigen Zeit entsprechend wäre höchstens das Dreifache angebracht, mehr nicht. Wenn jemand zum Bauer geht, so macht er dies aus dem Grunde, weil er das Obst billiger erhält. Es ist doch nicht jeder in der Lage, solch unerhörte Preise zu bezahlen. Durchweg wird von den Bauern selbst angegeben, daß die Preise zu hoch sind und auch nur ganz wenige verlangen die von den „maßgebenden Stellen“ angelegten unsinnigen Preise.“

Sinter die letztere Behauptung möchten wir ein großes Fragezeichen machen, denn die oben gezeichneten Bauern dürften mit der Laterne zu suchen sein. Schuld werden wohl alle drei haben: Erstens die Bauern, welche nicht genug bekommen können, dann die Behörden, welche sich von ihren „fachverständigen Beratern“ einen blauen Dunst vormachen lassen und dem Reichsbrotbrot die Erzeuger ständig nachgeben und drittens jener Teil des Publikums, das in der Zeit in seiner Gamsterzeit die Preise selbst in die Höhe treibt. Den Schaden hat die breite Masse, welche unter diesen Umständen ungemünzt leidet.

Sollnische Lebensmittelpende für stillende Mütter.

Der Nob. Landesauschuss für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge schreibt uns: Den bedürftigen stillenden Müttern Karlsruhes steht demnächst eine angenehme Ueberzeugung bevor. Das Sollnische Rote Kreuz hat kürzlich der deutschen Volkshilfsstelle in Berlin einen Wagon mit Lebensmitteln als Geschenk überlassen mit der Bestimmung, sie an einigen bedürftigsten Orten Deutschlands zur Verteilung zu bringen. Ein Teil dieser Sendung ist nun, da sie für ganz Baden nicht ausreichte, diesmal ausschließlich für Karlsruhe bestimmt worden. Dieser Tage wies der Delegierte vom Volk. Notenk. Dr. v. Bruden-Rod, hier und hat mit den Vertretern des Nob. Landesauschusses für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, denen die Lebensmittelpende zugeeignet werden soll, über die Art deren Verteilung Rücksprache genommen. Es wurde die Bestimmung getroffen, die Lebensmittel ausschließlich bedürftigen stillenden Müttern zuzuwenden, da für diese die Zulage besonders wünschenswert sei, um ihnen dadurch die Erfüllung ihrer gerade in der Zeit der notwendigen Mutterpflichten erleichtern zu helfen. Ueber diesen angenehmen materiellen Gewinn hinaus begehren wir diese Sendung aber auch ganz besonders als einen moralischen Gewinn dafür, daß noch auf solche Freunde im neutralen Ausland wohnen, die nach Karlsruher Weise leben, uns in unserer wirtschaftlichen Notlage beistehen. Es besteht sogar die Aussicht, daß weitere Sendungen folgen werden, mit denen dann auch andere Teile Badens bedacht werden können. Der Termin der Verteilung wird nach Unterzügen der Sendung bekannt gegeben werden.

Die Ruhr.

Von jüdischer Seite wird uns geschrieben: Wie im vorigen Jahr auch dieses Jahr zur Zeit der Obsternte die Ruhr in Karlsruhe, es geben aber über ihre wirtschaftliche Verbesserung übertriebene Gerüchte in der Stadt herum. Es ist nicht aus diesen Gerüchten zu einer bösen Täuschung auszuweichen, das ist leicht schon der Umstand, daß es sich hier vorzugsweise um die jüdische Eigenart „Neubörse“ zu handeln scheint. Da aber bei unermesslichen Vermögen jede einzelne Erfahrung Schaden stiften kann, seien im folgenden einige Hinweise gegeben, wie man sich am besten gegen diese Krankheit schützt.

Die Ruhr ist also eine Vermögenskrankheit, und man schützt sich gegen sie am besten durch peinliche Sauberkeit. Vor jeder Mahlzeit gründliches Händewaschen! Gründliches Säubermachen auch nach jeder Stubenreinigung! Keine Speisen öffnen lassen, bis sie die Fliegen darauf niederlassen können. Bekämpfung der Fliegenplage! Sauberes Ess- und Trinkgeschirr! Größte Sauberkeit muß vor allem bei den Lebensmittelhändlern, — den Obst- und Gemüsehändlern, den Metzgerhändlern, Metzgern und Bäckern — verlangt werden. Da Kochen die Pestillen ganz sicher abtötet, empfiehlt es sich, nur gekochte Speisen zu essen. Hoher Salat — (Dinner, der etwa auf Salat kommt, kann Ruhr übertragen, wenn in ihm Zubehören vorhanden sind) — und rohes Obst sind jetzt zu vermeiden; Obst muß mindestens gut gewaschen und dann mit gut gereinigtem Schwamm gewaschen! Beschädigte sind vor allem die Kinder: die am meisten Obst verzehren. — Sie müssen jetzt ganz besonders behütet werden. Man lasse sich vor dem vielen Wassertrinken: Tee und Kaffee sind besser als ungekochte Getränke!

Wenn die Ruhrgeplagen in den Wägen kommen, entsteht nicht bei allen Menschen und in jedem Fall Ruhr: höher aber, wenn aus irgend welcher Ursache eine Magenvergiftung besteht. Daher ist in dieser Zeit mögliche Bedenklichkeit ein guter Schutz; alles was Darmkrämpfe macht, öhnet der Ruhr den Boden. (In diesen Zusammenhängen sei darauf hingewiesen, daß Sennapfen und andere abführende Getränke im Darm keine so wirksamen Wirkung haben: im Gegenteil, sie machen leicht Anstöße und begünstigen Ansetzungen daher.)

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133.
Der
Wildwestschlager
Eine Nacht im Urwald.
Verlängert bis Freitag.

Nachstehend bringen wir die vom Bezirksamt auf Grund der §§ 113, 134 R. Str. G. V., 39, 77 Reichsgemeindeordnung, § 20 Kaminfeuerordnung vom 29. XI. 1887 25. XI. 1889 mit Zustimmung des Stadtrats erlassene und von dem Herrn Landeskommissar mit Erlaß vom 23. VIII. 1919 Nr. 8420 für vollziehbar erklärte ortspolizeiliche Vorschrift, die Lagen für die Vorrichtungen der Kaminfeuer betr., zur allgemeinen Kenntnis.
Karlsruhe, den 28. August 1919.
O. J. 239 Bezirksamt. 6024

Ortspolizeiliche Vorschrift.
Die Lagen für die Vorrichtungen der Kaminfeuer betr.

1. Mit Wirkung vom 1. IX. 1919 ab erhalten die §§ 6, 7 und 8 der ortspolizeilichen Vorschrift vom 13. II. 1889, die Kaminreinigung betr., folgenden Wortlaut:

- § 6. An Lagen sind dem Kaminfeuer zu entrichten:
- a) für die gewöhnlichen Reinigungsarbeiten:
 - bei einem einstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 30 S
 - bei einem zweistöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 45 S
 - bei einem dreistöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 60 S
 - bei einem vierstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 75 S
 - bei einem fünfstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 90 S
 - bei einem sechs- und mehrstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 95 S
 - b) für Abdecken der Zuleiter von einem aufgesetzten Kamin 20 S
 - c) für Reinigung der Fabrik-Kamine:
 - bis zur Höhe von 10 m 5 M
 - bis zur Höhe von 20 m 8 M
 - über 20 m Höhe 10 M
 - für freistehende Wärdereikamine 2 M.
 - d) für das Ausbrennen:
 - bei einem einstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,00 M
 - bei einem zweistöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,10 M
 - bei einem dreistöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,25 M
 - bei einem vierstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,40 M
 - bei einem fünfstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,55 M
 - bei einem sechs- und mehrstöckigen (russischen oder steigbaren) Kamin 2,70 M
 - e) für die Untersuchung eines nicht benötigten, aber nicht unbrauchbar gemachten Kamins — § 16 der Kaminfeuerordnung — die unter lit. a) festgesetzten Beträge;
 - f) für die Untersuchung eines neu aufgeführten oder teilweise erneuerten Kamins — § 18 der Kaminfeuerordnung —
 - sofern dasselbe einstöckig ist 1,00 M
 - sofern dasselbe zweistöckig ist 1,50 M
 - sofern dasselbe drei- oder mehrstöckig ist 1,80 M
 - sofern dasselbe ein Fabrik-Kamin ist 3,00 M
 - g) für Untersuchung einer Räucherlampe 1,00 M
 - h) Anderweitige Befestigung einer Feuerungsanlage 1,00 M
- § 7. Bei Berechnung der Lagen sind alle Stodwerke zu berücksichtigen, welche das Kamin durchzieht oder überragt, auch wenn von ihnen keine Feuerung in das Kamin geleitet wird. Unter dieser Voraussetzung gelten als Stodwerke auch Dachräume bis zum Kamingebälk bzw. bis zur Höhe des Kamingebälks, Dachinbauten (Manfarden, Gauben), Kniehöfe, Dachhöfe, Souterrains und Kellergehöfe auch dann, wenn sich die Rauchlöcher dorthin befinden.
- § 8. Neben der festgesetzten Lage hat der Kaminfeuer für seine mit der Reinigung verbundenen Arbeitsleistungen keinerlei Vergütung zu beanspruchen; insbesondere hat derselbe die zur Reinigung erforderlichen Werkzeuge unentgeltlich zu stellen, sowie den Fuß und den losgefallenen Verpus aus den Kaminen in die bereit stehenden Behälter zu schaffen.
2. Diese ortspolizeiliche Vorschrift gilt für die ganze Gemarkung Karlsruhe einschließlich der Vororte.
3. Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 24. September 1917, die Kaminreinigung betr., wird aufgehoben.

ESRA Statt besonderer Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die Mitteilung, dass „Era-Metallputz“ in der Tube das idealste Putzmittel für alle Metalle ist. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. 6009
Karlsruhe, im August 1919.
Chemische Fabrik Rosenberg & Co.

Das Ideal aller Dauer-Einkochgläser!
Nur allein die neueste epochemachende Erfindung das glänzend begutachtete
Einkochglas „Zapp“
Deutsches Reichspatent und Auslandspatente a. wird ohne Glasöffner mittelst kleinem Schlüssel auf schnellste, sicherste und bequemste Weise geöffnet. Eine Beschädigung der Gläser und Gummiringe ist ferner gänzlich ausgeschlossen. Kein Aerger! Große Ersparnis!
Nicht zu verwechseln mit angeblich geschützten Einkochgläsern mit Lutteinlassöffnung im Deckel, die Nachahmungen des abgelauteten und wegen seiner Zwecklosigkeit nicht eingeführten D.R.P. 9787 sind, und in denen das Vacuum beim Vorführen durch Entzünden von Brennstoffen hervorgerufen wird. Durch solches Verfahren angesaugter Deckel lässt sich nach Lutteinlass abheben, nicht aber bei einem vor längerer Zeit eingekochtem Glas, denn bei diesem ist der Deckel durch den festangesaugten Gummiring mit dem Glase noch immer fest verbunden, weshalb bei diesem die Gummiringe durch ein solches Glasöffner erforderlich ist.
Wo Verkaufsstellen dieser Gläser noch nicht bekannt, wende man sich wegen Angabe solcher an die Generalvertreter:
für das badische Unterland an Firma **Karl Wiegand & Co., Karlsruhe**, Amalienstrasse 39 für das badische Oberland einschliesslich Offenburg an Firma **Hermann Fass, Freiburg i. B.**, Hebelstrasse 23.

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133.
Mittwoch, den 3. bis einschl. 5. September 1919.
Achtung!
Der grosse Abenteuer- und Detektivschlager
KAENA
oder
Das Werk der Rachegeföfin
in vier Akten.
Dargestellt von nur erstklassigen Künstlern.
Die wilde Lilly
Lustspiel in drei Akten.
In der Hauptrolle: **Bruno Eichgrün.**

Büdo
N° 20
Reizende Geschenke für die Sammelmarken.
•Büdowerk Schweningen 7/8

Keine Wanzen mehr für nur mit Kammerjäger Berg's Nicodolal u. II zu erzielen.
Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.
Doppelpack, M. 2.50, Ausreichend f. 1-3 Zimmer u. Betten.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlsru. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 24.
Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postscheckkonto Berlin 31288, portofrei Zusendung nach auswärts durch **Herm. A. Groessel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.**

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133.
Der
Wildwestschlager
Indianer auf Kriegsfuss.
Verlängert bis Freitag.

Ablieferung von Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919.
Nach Mitteilung der Reichsgetreidestelle wird für Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919 ein Lieferungsauflage bezahlt, der beträgt:
1. für die Tonne, vor dem 1. Oktober 1919 150 M
2. für die Tonne, bei Ablieferung vor dem 16. Oktober 1919 75 M für die Tonne.
Für die bisherigen Ablieferungen von Brotgetreide und Gerste aus der Ernte 1919 werden 150 M für die Tonne nachbezahlt.
Der Zuschlag wird bezahlt vom Kommissionär der Reichsgetreidestelle, der Firma **M. Wagner u. Sohn, Durlacher Allee 9, Karlsruhe**, den 1. September 1919. 6046
Das Bürgermeisteramt.

Badisches Landestheater.
Zum Beginn der neuen Spielzeit an werden zu den Vorstellungen des Landestheaters Vorzugsarten für die unten genannten Sitzplätze zu ermäßigten Preisen ausgegeben, die im allgemeinen zu allen Werktagvorstellungen der Spielzeit Gültigkeit haben. Die Vorzugsarten sind in Seiten von 12 Karten und zwar je sechs zu Schauspiel- und Opernvorstellungen fäuflich. Die Inhaber der Vorzugsarten können die Karten in beliebiger Zahl zu einer Vorstellung verwenden und den Tag des Theaterbesuchs sowie die Vorstellungen aus dem jeweiligen Wochenplan beliebig selbst wählen. Die Bezeichnung einzelner Vorstellungen, zu welchen die Vorzugsarten keine Gültigkeit haben oder nur gegen entsprechende ermäßigte Aufzahlung benutzt werden können, bleibt vorbehalten. Den Inhabern von Vorzugsarten wird besonders Gelegenheit gegeben werden, sich vor dem allgemeinen Verkauf die Nummern zu den gemünstigten Vorstellungen der kommenden Woche an der Kasse auszuwählen. Die hierfür bestimmten Tage werden immer im Wochenplan bekannt gegeben. Die Vorzugsarten haben selbstverständlich auch noch später bis zum Beginn der Vorstellung Gültigkeit. Ferner können sie zum Besuch der Vorstellungen des Landestheaters im Konzerthaus benutzt werden. Die gegen Vorzugsarten gelösten Eintrittskarten werden nur bei Abänderung der Vorstellung zurückgenommen. Die Preise für 12 Vorzugsarten sind (einschließlich Luft- barkeitssteuer):
I. Rang und Balkon und Sperrsitze 58 M 40 S
Sperrsitze II. Abteilung, Parterreloge 45 M 80 S
II. Rang 37 M 80 S
III. Rang 25 M 80 S
IV. Rang 13 M 80 S
Hierzu je 60 S für den Theaterzettelbezug.
Die Vorzugsarten haben für ein halbes Spieljahr, also die jetzt ausgegebenen bis 1. Februar 1920, Gültigkeit.
Die Vorzugsarten haben für ein halbes Spieljahr, erhältlich. Infolge der Einführung der Vorzugsarten kann eine Jahresplatzmiete nicht mehr aufrechterhalten werden.
Der Jahresbezug des Theaterzettels kostet 8 M. — Anmeldungen zum Jahresbezug an die Kasse des Landestheaters. Die Theaterkasse (Vorverkaufsstelle und Tageskasse), befindet sich wegen baulicher Veränderungen vorübergehend im Hause Schlossbezirk 2 (nördlich des Theatergebäudes).
Karlsruhe, im August 1919. 6048
Generaldirektion des Badischen Landestheaters.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, den 3. September, abends 7/8 Uhr
Parsifal-Probe
für die eingeladenen Herren und Damen.
6060 Die Generaldirektion.

Munzsches Konservatorium
Waldstr. 79.
Beginn des neuen Schuljahres:
Montag, 15. September.
In den Lehrkörper neu eingetreten sind:
Dr. Rudolf Bellardi, als Lehrer für Musikgeschichte und Klavieroberklassen.
Kapellmeister Erich Rhode, für Klavier- und Partienstudium.
Kammersänger Hans Bussard, für Bühnengesang, zugleich Regisseur der Theaterhochschule.
Die Vorlesungen über Musikgeschichte (wöchentlich 1 Std.) können gegen eine Vergütung von 20 Mk. jährlich auch von Hospitanten besucht werden.
Am Studium von Opernpartien können sich auch Sänger und Sängerinnen beteiligen, welche ihre gesangliche Ausbildung nicht an unserer Schule erhalten.
Satzungen kostenfrei durch das Sekretariat und die hiesigen usikalienhandlungen, Anfragen und Anmeldungen schriftlich oder mündlich. Sprechstunden Werktags von 11—1/2 und von 2 1/2—5 Uhr. 6053

Blinden-Arbeit.
Handhaltungs- Wärfen und Nohhaar-Wärfen empfiehlt **Wilh. Voos, Sifforiastr. 6.**

Bestimmung...
1.70 M
E
im Be
in Be
Legat
und I
A n t
Vorbe
gleich
halten
send i
und 6
und 2
garn.
Schrif
Berl
Schrif
teile
Vean
nehm
zu an
Berbin
pa r l
Kongl
Verlau
zu we
Zu
öfter
trags
reichl
zurück
W
dingun
in der
finanzi
der ne
Politik
ten bis
N
werdun
ständer
kein E
den an
die im
die Wel
dem U
In der
diese A
Kredit
die An
Verzug
mischer
über d
Nahma
von drei
Kohlen
stimmte
N
ständig
rung
Desterr
Vorlese
Bertrag
Mieße
träge i
1. Jan
nulliert
sunden
N
fügung
denen
übertra
fallen
Gebiete
in ratio
teilung
zu best
mung,
steigen
N
Effenbo
Der W
mich 3
hat bei
bahntre
kanal
wendet
in allen
den int
hierauf
geregelt
sein mi